

Politische Sozialisation im Wandel? Zusammenhang von Familienstruktur und bürgerschaftlichem Engagement

30

Helmut Rainer, Timo Hener, Thomas Siedler und Anita Fichtl

Funktionsfähige Demokratien brauchen interessierte, aktive und informierte Bürgerinnen und Bürger. Allerdings ist deren Interesse an Politik und deren bürgerschaftliches Engagement für politische und soziale Angelegenheiten in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig ist in den letzten Jahrzehnten ein Wandel in den familiären Lebensformen zu beobachten: sie sind brüchiger und vielfältiger geworden, oft auch kurzlebiger. Ob diese beiden Phänomene in Zusammenhang stehen, ist eine spannende Forschungsfrage: Engagieren sich Kinder, die nicht mit beiden Elternteilen aufgewachsen sind, später im Erwachsenenalter seltener für die Gesellschaft, weil in nicht-intakten Familienverhältnissen zu wenig Sozialkapital aufgebaut wird? Die Frage wird anhand von Daten aus 26 Wellen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 1984–2009 untersucht. Die Daten geben Auskunft über den Familienstatus in der Kindheit; vor allem nach Scheidungen entsteht (zumindest zunächst) eine nicht-intakte (unvollständige) Familie. Als Maß für bürgerschaftliches Engagement wird ein Index gebildet, der aus Daten zu folgenden vier Komponenten besteht: politisches Interesse, Parteiidentifikation, Mitwirkung in Organisationen, sowie freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit. Das zentrale Ergebnis lautet: Das Aufwachsen in einer nicht-intakten Familie führt zu einem signifikant niedrigerem bürgerschaftlichen Engagement im Erwachsenenalter. Der Index für bürgerschaftliches Engagement fällt um 15,7% geringer aus.¹

Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und Sozialkapital

Bürgerschaftliches Engagement ist in den letzten Jahren in Deutschland zunehmend in das öffentliche Interesse gerückt. Inspiriert unter anderem von den Arbeiten des US-amerikanischen Harvard-Politologen Robert D. Putnam (1993; 2000) haben sich auch hierzulande verstärkt wissenschaftliche, politische und öffentliche Diskurse entwickelt.² Bürgerschaftliches Engagement kann in vielen Formen auftreten: Es kann in Vereinen, Bürgerinitiativen, Elternbeiräten, politischen Parteien, Gemeinderäten, Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen etc. stattfinden. Allgemeiner gesprochen ist bürgerschaftliches Engagement die »freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen

Raum« (Engagementbericht 2012, S. 56).³ Die Menschen ziehen sich nicht in ihre Privatsphäre zurück und überlassen dem Staat die alleinige Verantwortung für das Gemeinwesen, sondern zeigen ein gemeinsames Interesse am Gemeinwohl. »Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft«⁴ (Enquete-Kommission 2002, S. 5), und »setzt wichtige Impulse für das gesellschaftliche Miteinander und generiert so positive externe Effekte für die Gesellschaft« (Engagementbericht 2012, S. 56). Ein höheres Maß an bürgerschaftlichem Engagement geht mit einem höheren Maß an gesellschaftlichem Sozialkapital einher (vgl. Putnam 2000). Beide bedingen sich gegenseitig, »Sozialkapital ist eine Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement, Engagement schafft wiederum Sozialkapital« (BMFSFJ 2012,

¹ Der vorliegende Artikel basiert auf dem CESifo Working Paper Nr. 3918, Timo Hener, Helmut Rainer und Thomas Siedler, »Political Socialization in Flux? Linking Family Non-Intactness during Childhood to Adult Civic Engagement«, August 2012.

² Das 2011 erschienene »Handbuch Bürgerschaftliches Engagement« (Hrsg. Olk und Hartnuß 2011) versucht erstmals eine umfassende Systematisierung des Themenfeldes in Deutschland und bietet einen hervorragenden Überblick über historische Zugänge, rechtliche Rahmenbedingungen, Formen, Organisationen und Strukturen bürgerschaftlichen Engagements, Forschungsstand und über die Etablierung von bürgerschaftlichem Engagement als Politikfeld in Deutschland.

³ 2009 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Lage des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland vorzulegen. Mit der Erstellung des Berichts wird eine unabhängige Sachverständigenkommission betraut. Die Bundesregierung ergänzt den Bericht mit einer Stellungnahme. 2012 ist der Erste Engagementbericht »Für eine Kultur der Mitverantwortung« erschienen.

⁴ Mit dieser Grundüberzeugung hat der Deutsche Bundestag im Dezember 1999 die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« eingesetzt, die nach zweijähriger Arbeit ihren Bericht vorlegte.

S. 34), und entfalten positive Auswirkungen auf viele wichtige Bereiche.⁵ So fördert ein höheres Sozialkapital beispielsweise kollektive und gemeinschaftliche Aktionen der Bürger (vgl. Arrow 1974) und erleichtert die politische Interessensaggregation und -artikulation der Bürger (vgl. Putnam 1993). Durch die Interaktion von Menschen in freiwilligen Vereinigungen werden Informationen, etwa über lokal relevante Themen, ausgetauscht, die das politische Interesse und Engagement der Menschen steigern können. Soziales Vertrauen wird aufgebaut, und Normen der Reziprozität werden gefestigt. Dieses erlernte soziale reziproke Vertrauen wird auch außerhalb der Vereinigung wirksam und wird zum generalisierten Vertrauensbestand einer Gesellschaft. Das entstandene Sozialkapital stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und wirkt demokratiefördernd (vgl. Putnam 2000). In ökonomischen Arbeiten zeigen zum Beispiel Knack und Kefer (1997) und auch Arrow (1972), dass ein höherer Vertrauensbestand in einer Gesellschaft positive Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung hat.

Aufgrund der großen Bedeutung von Sozialkapital für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es sehr wichtig, dass bürgerschaftliches Engagement nicht erodiert. In einigen Bereichen ist die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren, allerdings bereits bedenklich zurückgegangen. Daten der OECD belegen eine verbreitete Abkehr von bürgerschaftlichem Engagement in den westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten vor allem in politischen Bereichen. Beispielsweise gingen das allgemeine politische Interesse und die Wahlbeteiligungen in den meisten OECD-Ländern zurück. Die Wahlbeteiligung ist seit 1980 durchschnittlich um 11% gesunken (vgl. OECD 2011a). In Deutschland erreichte die Wahlbeteiligung 1972 den Höchststand von 91,1% und fiel seitdem kontinuierlich auf 70,8% im Jahr 2009 (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a). Immer weniger Menschen fühlen sich Parteien zugehörig (vgl. Dalton 2002), und auch sinkende Kirchgangsraten und abnehmende Mitgliedschaftsraten etwa in Gewerkschaften und Parteien deuten auf ein abnehmendes Sozialkapital in westlichen Gesellschaften hin. In Deutschland ist heute weniger als jeder fünfte Beschäftigte Mitglied einer Gewerkschaft (vgl. Dribbusch und Birke 2012). 1970 lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch bei 32% (vgl. Franz 2009). Die großen Volksparteien SPD und CDU haben innerhalb der letzten 30 Jahre fast die Hälfte bzw. ein Drittel ihrer Mitglieder verloren (vgl. Niedermayer 2013). Verlässliche lange zurückreichende Datenquellen über die Bereitschaft, sich freiwillig und ehrenamtlich zu engagieren, sind in Deutschland über die

letzten Jahrzehnte nicht vorhanden. Im Engagementbericht (2012), der detailliertere Angaben seit 1999 bereithält, liegt der Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahren relativ konstant bei etwas über einem Drittel. Personen mit hohem Bildungsstand und Einkommen, die beruflich und familiär stark eingebunden sind, engagieren sich besonders häufig für die Gesellschaft, wohingegen Arbeitslose und Menschen mit niedrigem Sozial- und Bildungsstand unterrepräsentiert sind. Der Anteil älterer engagierter Menschen ist gestiegen, derjenige von Jüngeren leicht gesunken. Insgesamt lässt sich als übergreifender Trend in Deutschland, wie auch in den westlichen Ländern, ein Rückgang im bürgerschaftlichen Engagement beobachten. Vor allem in großen integrativ wirkenden und schichtenübergreifenden Organisationen gehen die Mitgliedszahlen zurück.

Wandel der Familienstrukturen

Ein anderes gesellschaftliches Phänomen, das ebenfalls in den letzten Jahrzehnten verstärkt zu beobachten ist, ist der Wandel von Familienformen und Familienstrukturen.⁶ Die klassische Familienstruktur der Eltern-Kind-Familie⁷ hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in den westlichen Ländern verändert. Der Wandel ist unter anderem auf steigende Scheidungsraten und eine steigende Anzahl an außerehelich geborenen Kindern zurückzuführen. Die Scheidungsraten haben sich im OECD-Durchschnitt von 1,2 Scheidungen pro 1 000 Einwohnern im Jahr 1970 auf 2,4 im Jahr 2009 verdoppelt (vgl. OECD 2011b). In Deutschland haben sich pro 1 000 Einwohner 1970 1,3 Personen scheiden lassen, 2011 schon 2,3 (vgl. Statistisches Bundesamt 2012). 2012 wurden in Deutschland 179 100 Ehen geschieden, in der Hälfte der Scheidungsfälle waren insgesamt 143 022 minderjährige Kinder betroffen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013b). Auch die Zahl der Neugeborenen außerhalb einer Ehe ist über die Jahre angestiegen. Lag der Anteil der außerehelichen Geburten an allen lebend geborenen Kindern 1990 noch bei 15%, hat er 2010 den Stand von 33% erreicht (vgl. Statistisches Bundesamt 2011). Die Familiensysteme und Familienstrukturen sind dadurch vielfältiger und kurzlebiger geworden – Ein-Personen-Haushalte, Alleiner-

⁵ Die Forschungsliteratur hat sich auf keine eindeutige Definition von »Sozialkapital« geeinigt. Überblicksartikel über Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des Begriffs und unterschiedlicher Sozialkapitaltheorien sind zum Beispiel bei Putnam und Goss (2001) oder Braun (2011) zu finden. Zentrale Annahme dieses vorliegenden Artikels und des zugrunde liegenden Forschungspapiers ist, dass Sozialkapital weitgehend positive Auswirkungen auf die Gesellschaft und deren Zusammenhalt hat, wie bei den Sozialkapitaltheorien von Putnam (1993; 2000) und Coleman (1988).

⁶ Zum Wandel von Familienformen vgl. zum Beispiel Nave-Herz (2013) oder Hill und Kopp (2013). Zur Bedeutung des Familienbegriffs vgl. zum Beispiel Nave-Herz (2013, S. 34): Es gibt keine »allgemein anerkannte Definition von Familie und selbst innerhalb der einzelnen Fachgebiete wie Psychologie, Soziologie usw., gibt es keine einheitliche Begriffsbestimmung.« Das sieht auch Althammer (2000, S. 7), so: »(Dies ist insofern problematisch), da aufgrund der bereits angesprochenen Pluralität familiärer Lebensformen kein allgemein akzeptierter Familienbegriff (mehr) existiert, sondern allenfalls eine mehr oder minder umfassende Kasuistik empirisch vorfindbarer familiärer Lebensformen.«

⁷ In Anlehnung an das Englische auch »intakte« Familie genannt. In der deutschen Forschungsliteratur ist auch häufig von »vollständiger«, »traditioneller« oder »klassischer Familie«, oder bspw. von »normalfamiliären Verhältnissen« zu lesen. Gemeint ist in diesem Artikel jeweils, dass ein verheiratetes Elternpaar mit seinen gemeinsamen leiblichen Kindern dauerhaft zusammenlebt.

ziehende-Haushalte und Patchwork-Familien sind als vergleichsweise neue Familienformen vermehrt auf- und an Stelle der klassischen Familien getreten.

Familie als wichtige Sozialisationsinstanz

Familien erfüllen in vielerlei Hinsicht wichtige Funktionen.⁸ Dazu gehört die zentrale Bedeutung der Familie als Sozialisationsinstanz. Diese familiäre Sozialisationsfunktion ist in den unterschiedlichen Forschungsrichtungen (Soziologie, Psychologie, Pädagogik usw.) allgemein anerkannt. Der Sozialisationsprozess, durch den sich die »menschliche Persönlichkeit in Abhängigkeit von den sozialen und materiellen Lebensbedingungen« entwickelt, ist für den Menschen überlebenswichtig. Erst durch ihn wird aus »einem biologischen Lebewesen eine bewusste, soziale Persönlichkeit« (Hill und Kopp 2013, S. 205 f). Bei dieser »Vergesellschaftung des Menschen« (Hill und Kopp 2013, S. 206) spielt die Familie neben anderen Institutionen wie Schulen und Medien eine große Rolle, vor allem die primäre Sozialisation in der Kindheitsphase wird entscheidend durch die Familie geprägt.

Auch im Teilbereich der politischen Sozialisationsforschung wird der Familie⁹ ein hoher Stellenwert beigemessen – im negativen wie im positiven Sinne. Eltern haben großen Einfluss auf die intellektuelle Entwicklung ihrer Kinder, somit auch auf die Herausbildung von Weltanschauungen und Wertvorstellungen wie zum Beispiel das Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft. Diese wiederum schlagen sich in späteren politischen Ansichten und Aktivitäten nieder. Bereits Hyman (1959) sah die Familie als die wichtigste politische Sozialisationsinstanz an.¹⁰ Nach ihm wird das Politikinteresse innerhalb der Familie weitgehend reproduziert. Auch nach Jennings et al. (2009) haben Eltern einen entscheidenden Einfluss auf die politische Bildung der Kinder. Im Wahlverhalten und dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Partei herrschen hohe Übereinstimmungsraten zwischen Eltern und Kindern. Die Übertragung von ideologischen Weltanschauungen und politischen Einstellungen auf nachfolgende Generationen ist auch von hoher Persistenz (vgl. Glass et al. 1986).

Es besteht also weitgehend Konsens, dass die Institution Familie eine wichtige Rolle in der allgemeinen Sozialisation und auch im Teilbereich der politischen Sozialisation der Kinder spielt. Demzufolge ist auch die Frage der Familien-

struktur – vor allem in Zeiten des beschriebenen Wandels der Familienstrukturen und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Differenzierung – und ihres Einflusses auf die sozioökonomische Entwicklung der Kinder verstärkt in den Fokus unterschiedlicher Forschungsrichtungen gerückt. Zum Beispiel sind die Auswirkungen von nicht-intakten Familienverhältnissen auf die psychologische Entwicklung, auf den Bildungserfolg oder auf die gesundheitliche Entwicklung der Kinder bzw. der Jugendlichen untersucht worden. Mehrheitlich finden die Studien, dass sich die Abwesenheit eines Elternteils tendenziell negativ auf die schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen auswirkt (vgl. Case et al. 2001; Ermisch et al. 2004; Gruber 2004)¹¹, dass sie früher in jungem Alter das Zuhause verlassen oder schwanger werden (vgl. McLanahan und Sandefur 1994) oder häufiger mit dem Rauchen anfangen (vgl. Francesconi et al. 2010b).

Zusammenhang von Familienstruktur und bürgerschaftlichem Engagement

Dem Einfluss der Familienstruktur auf das spätere aktive soziale Verhalten der Betroffenen in der Gesellschaft und auf ihr bürgerschaftliches Engagement ist dagegen bislang kaum Beachtung geschenkt worden. Putnam weist zwar auf beide Punkte hin, schließt aber zugleich einen Zusammenhang aus. Für ihn sind die Erosion des Sozialkapitals und des bürgerschaftlichen Engagements nicht durch den Rückgang der traditionellen Familienstrukturen erklärbar¹², vielmehr ist die Abnahme des Sozialkapitals in modernen Gesellschaften auf die zunehmende Individualisierung des passiven, desinteressierten, TV-schauenden Individuums zurückzuführen (vgl. Putnam 2000). Coleman (1988, S. 109–113) dagegen sieht einen Zusammenhang zwischen Familienstruktur und bürgerschaftlichem Engagement. Generell sieht er die Familie als zentralen Schlüssel für die intellektuelle Entwicklung der Kinder an, und zwar eine Familie, in der beide Elternteile physisch anwesend sind und ausreichend intellektuell anregende Zeit mit ihren Kindern verbringen. Sind nicht beide Elternteile physisch präsent, ist die Familie strukturell defizitär. Dieses strukturelle Defizit, typischerweise im Alleinerziehenden-Haushalt infolge von Scheidungen auftretend, schadet dem familialen Sozialkapital und dementsprechend dem hinreichenden Aufbau der Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren.

⁸ Funktionen nach Nave-Herz (2013): Reproduktionsfunktion, Sozialisationsfunktion, Platzierungsfunktion, Freizeitfunktion, Spannungsausgleichsfunktion.

⁹ Eine zusammenfassende Darstellung der Bedeutung der Familie in der politischen Sozialisation (historischer Wandel, unterschiedliche Forschungsstränge usw.) findet sich zum Beispiel bei Hopf und Hopf (1997).

¹⁰ Hyman (1959): »Foremost among agencies of socialization into politics is the family«.

¹¹ Vgl. auch Corak (2001) für Kanada, Björklund und Sundström (2006) für Schweden, Francesconi et al. (2010a) für Deutschland, Sanz-de-Galdeano und Vuri (2007) für die USA.

¹² Putnam (2000, p. 279): »... apart from youth- and church-related engagement, none of the major declines in social capital and civic engagement that we need to explain can be accounted for by the decline in the traditional family structure. In my view, there are important reasons for concern about the erosion of traditional family values, but I can find no evidence that civic disengagement is among them.«

Der Zusammenhang von Familienstruktur und späterem bürgerschaftlichen Engagement ist also noch nicht hinreichend geklärt, zumal die Thesen von Putnam und Coleman nicht empirisch getestet worden sind. Des Weiteren ist die Wirkungsrichtung beider Phänomene zunächst nicht klar. Hat das Aufwachsen in einer nicht-intakten Familie einen kausal negativen Effekt auf die Bereitschaft, sich später im Leben bürgerschaftlich in Vereinen, Parteien etc. zu engagieren (causation hypothesis)? Oder ist es im Gegenteil so, dass Familien, in denen weniger klare moralische Wert- und Normvorstellungen vorherrschen und weniger Wert auf die Herausbildung von Sozialkapital und bürgerschaftlichem Engagement gelegt wird, sich tendenziell wahrscheinlicher auflösen (selection hypothesis)? In dem zugrunde liegenden Forschungspapier wird der Versuch unternommen, die Wirkungsrichtung zu klären und neue Erkenntnisse in die Forschungsdebatte einzubringen. Dies erscheint vor allem hinsichtlich der bereits beschriebenen großen Relevanz des bürgerschaftlichen Engagements für das Funktionieren der Zivilgesellschaft und der Demokratie von großer Bedeutung.

Daten: Index »bürgerschaftliches Engagement«

Zur Überprüfung der aufgestellten These zum Zusammenhang zwischen Familienstruktur und bürgerschaftlichem Engagement nutzen wir Daten aus 26 Wellen des Sozio-oekonomischen Panels¹³ (SOEP) aus den Jahren 1986–2009. Die Daten geben Auskunft zu Fragen über Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographien, Einkommen, Bildung und Gesundheit etc. Auch zum Bereich der politischen Beteiligung und des zivilgesellschaftlichen Engagements hält das SOEP Informationen bereit, so zum politischen Interesse und zur Parteiidentifikation, sowie zur politischen Partizipation und zu ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten. Diese vier Komponenten werden in einem Index zusammengefasst, um die abhängige Variable »bürgerschaftliches Engagement« zu messen. Wie bereits eingangs beschrieben, ist bürgerschaftliches Engagement ein sehr facettenreicher Begriff, der viele Dimensionen annehmen kann, allerdings kann mit diesen vier Komponenten insgesamt ein aussagekräftiges Bild zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements nachgezeichnet werden.

Die erste Komponente »politisches Interesse« wird aus der Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik?« und den Antwortmöglichkeiten (sehr stark, stark, nicht so stark, überhaupt nicht) gebildet, wobei die Variable den Wert 1 annimmt bei den ersten beiden Antwortmöglichkeiten (Interesse) und den Wert 0 bei den beiden letzteren (kein Interesse). Das po-

litische Interesse allein erklärt noch kein bürgerschaftliches Engagement, kann aber als wichtige Voraussetzung für eine solche Betätigung in öffentlichen Angelegenheiten interpretiert werden (vgl. Bekkers 2005).

Die zweite Komponente »Parteiidentifikation/Parteibindung« wird aus der Frage »Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?« und den dazugehörigen Antwortmöglichkeiten (wenn ja, welche Partei?, schwache bis starke Identifikation ergibt Variable 1 ansonsten 0) abgeleitet. Parteiidentifikation bezeichnet eine langfristig stabile affektive Bindung des Individuums an eine politische Partei, auch »psychologische Parteimitgliedschaft« genannt, und wirkt als wichtiger stabilisierender Faktor auf die politische Partizipation (vgl. Campbell et al. 1954; 1960). Dalton (2002) sieht ebenfalls wichtige positive Funktionen in Parteibindungen begründet, etwa hinsichtlich des politischen Engagements und des politischen Handelns der Bürger, und beklagt den zu beobachtenden Rückgang der Parteiidentifikationen.

Die dritte (Mitwirkung in Organisationen) und vierte Komponente (freiwilliges/ehrenamtliches Engagement) zielen auf den Teilbereich der Freizeitgestaltung und ermitteln wie oft (mind. einmal pro Woche, mind. einmal pro Monat, seltener, nie) sich Personen in Parteien, in der Kommunalpolitik, in Bürgerinitiativen beteiligen und/oder ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten leisten. Beide Aspekte sind sehr gute Indikatoren für bürgerschaftliches Engagement (vgl. Putnam 2000) und geben direkte Hinweise auf die »freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum« (Engagementbericht 2012, S. 56) des Einzelnen. Die Variablen nehmen wiederum den Wert 1 an, wenn eine Beteiligung berichtet wird, und den Wert 0, wenn die Antwort »nie« lautet.

Der Index »bürgerschaftliches Engagement« fasst die vier Komponenten zusammen. Der Index besteht aus dem gleichgewichteten Mittel der vier standardisierten Komponenten. Eine Erhöhung des politischen Interesses um 10% einer Standardabweichung verändert den Index daher in gleichem Maße wie eine Erhöhung des ehrenamtlichen Engagements um den gleichen prozentualen Wert von dessen Standardabweichung. Die geschätzten Koeffizienten der erklärenden Variablen können daher als Effekte in Prozent einer Standardabweichung aller Komponenten interpretiert werden. Bei den Berechnungen werden die Werte derjenigen Wellen herangezogen, in denen Daten für alle vier Komponenten verfügbar sind.¹⁴

¹³ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung von über 20 000 Personen aus rund 11 000 Haushalten in Deutschland. Durch das wiederholte Befragen derselben Personen über längere Zeiträume, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends besonders gut verfolgt werden.

¹⁴ Informationen zum politischen Interesse und zur Parteiidentifikation sind für die Jahre 1985–2009 bzw. 1984–2009 in den SOEP-Wellen enthalten. Die Mitwirkung in Organisationen und freiwilliges Engagement sind in den Wellen 1985, 1986, 1988, 1992, 1994, 1996, 1997, 1999, 2001, 2005, 2007 und 2009 abgefragt worden.

Daten: Familienstruktur

Bei der Analyse der Familienstruktur während der Kindheit wird auf die Angaben der leiblichen Mutter über ihren bisherigen familiären Lebenslauf seit Geburt des Kindes zurückgegriffen. Eine Familienbiographie wird hier als nicht-intakt definiert, wenn die Mutter angibt, dass sie in den ersten 16 Lebensjahren des Kindes nicht durchgängig verheiratet gewesen ist. Das kann der Fall sein, wenn sie sich in dem Zeitraum scheiden ließ oder zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes nicht verheiratet war und auch im ersten Jahr nach der Geburt nicht geheiratet hat. Während die mütterlichen Angaben zu Scheidungen als eine eindeutige Aussage für ein familiäres strukturelles Defizit interpretiert werden können, sind die Angaben zu außerehelichen Geburten nicht notwendigerweise ein eindeutiger Hinweis auf ein solches – auch in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften können die Kinder in Verhältnissen aufwachsen, die denjenigen in ehelichen Partnerschaften gleichen. Der Fokus wird dementsprechend auf durch Scheidungen unterbrochene Familienverhältnisse gelegt.

Um das Risiko von selektionseffektbedingten Wirkungseinflüssen zu minimieren, wird zusätzlich für viele Variablen kontrolliert, die einen denkbaren Einfluss auf bürgerschaftliches Engagement haben könnten: etwa Geschlecht, Alter, wievieltens Kind, Bildung der Mutter, Arbeitsmarktbeteiligung der Mutter oder Alter der Mutter bei Geburt.

Methoden

Methodisch kommen zwei Ansätze zur Anwendung, um den Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Familienstruktur zu untersuchen. Wir beginnen mit einer Regressionsanalyse von Querschnittsdaten. Die abhängigen Variablen des bürgerschaftlichen Engagements werden dabei auf die Familienstrukturvariablen regressiert, wobei alle verfügbaren Beobachtungen verwendet werden. Der Regressionskoeffizient zeigt an, wie stark die Familienstruktur mit der Zielvariablen zusammenhängt. Ein solcher Zusammenhang ist vermutlich nicht ursächlich, da andere Faktoren gleichzeitig die Familienstruktur und das Engagement beeinflussen. Wenn beispielsweise die Bildung der Mutter gleichzeitig die Trennungswahrscheinlichkeit als auch das bürgerschaftliche Engagement ihrer Kinder beeinflusst, wäre die Schätzung verzerrt. Diese und andere oben beschriebene Kontrollvariablen werden deshalb in die Regression mit aufgenommen.

Auch wenn damit bereits für viele mögliche Einflussfaktoren kontrolliert wird, bleiben unbeobachtbare Faktoren als potenzielle Verzerrer übrig. Befragungen können nicht jeden Winkel der Persönlichkeit ausleuchten, so dass bestimmte Faktoren gezwungenermaßen im Dunkeln bleiben und sich

der Regressionsanalyse entziehen. Um dennoch unbeobachtbare Faktoren als störende Einflüsse auszuschließen, bedienen wir uns für die zweite Analyse eines einfachen Tricks: Wir vergleichen Geschwister. Anstatt alle intakten mit nicht-intakten Familien miteinander zu vergleichen und darauf zu bauen, dass die erklärenden Variablen für alle sonstigen Unterschiede kontrollieren, werden Geschwister miteinander verglichen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten während ihres Lebens eine Trennung der Eltern miterlebt haben. Also vergleichen wir Menschen, die einen Teil ihrer Kindheit in einer nicht-intakten Familie verbracht haben, mit ihren Geschwistern, die während dieser Episode entweder bereits älter als 16 Jahre alt oder noch nicht geboren waren. Mit Hilfe dieser ökonomischen Methode kann somit unter schwächeren Annahmen ein kausaler Effekt identifiziert werden.¹⁵

Ergebnisse: Effekte von Familienstruktur auf bürgerschaftliches Engagement

Die Ergebnisse der Effekte von nicht-intakten Familienstrukturen auf bürgerschaftliches Engagement werden in Tabelle 1 und 2 dargestellt. In Tabelle 1 werden die Ergebnisse einfacher Querschnittsanalysen des Geschwister-Datensatzes berichtet, in Tabelle 2 die Ergebnisse der Geschwister-Differenz-Analysen. Beide Schätzungen für den zusammenfassenden Index ergeben, dass das Aufwachsen in nicht-intakten Familienverhältnissen das bürgerschaftliche Engagement im Erwachsenenalter um 15,7% einer Standardabweichung reduziert. Werden die Komponenten des Index separat betrachtet, finden sich ebenfalls jeweils negative Effekte für alle vier Komponenten, allerdings in unterschiedlicher Höhe. Einfache Querschnittsschätzungen ergeben einen Rückgang des politischen Interesses um 5,2 Prozentpunkte und einen Rückgang der Parteiidentifikation um 6,7 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1). Etwas stärkere Effekte weisen die Geschwister-Differenz-Analysen aus: Hier geht das politische Interesse um 9,4 Prozentpunkte und die Parteibindung um 7,7 Prozentpunkte zurück (vgl. Tab. 2). Die Bereitschaft, sich in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen zu betätigen, sinkt um 3,8 Prozentpunkte, sich freiwillig und ehrenamtlich zu engagieren um 12,1 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1) bzw. um 2,8 Prozentpunkte und 8,1 Prozentpunkte in den Geschwister-Differenz-Analysen (vgl. Tab. 2). Während die Ergebnisse für die dritte Komponente »Mitwirkung in Organisationen« statistisch nicht eindeutig von 0 zu unterscheiden sind, sind die anderen Ergebnisse jeweils als statistisch signifikante Effekte zu interpretieren.

¹⁵ Der Identifikation eines kausalen Effektes stehen in Geschwister-Differenz-Analysen unbeobachtbare zeitveränderliche Unterschiede zwischen Geschwistern im Wege, die mit dem bürgerschaftlichen Engagement und der Familienstruktur während der Kindheit korrelieren. In der Praxis sollten diese Verzerrungen allerdings nicht ins Gewicht fallen, wie verschiedene Analysen im zugrunde liegenden Forschungspapier (vgl. Rainer et al. 2012) zeigen.

Tab. 1
Nicht-intakte Familienstruktur und bürgerschaftliches Engagement
(Querschnittsanalysen im Geschwister-Datensatz)

Abhängige Variable:	(1) Index bürgerschaftliches Engagement	(2) Politisches Interesse	(3) Partei- identifikation	(4) Mitwirkung in Organisationen	(5) Freiwilliges/ehren- amtliches Engagement
Panel A Jemals in nicht-intakter Familie gelebt	- 0,157** (0,026)	- 0,052** (0,018)	- 0,067** (0,021)	- 0,038** (0,007)	- 0,121** (0,019)
Panel B Eltern geschieden	- 0,150** (0,029)	- 0,036+ (0,021)	- 0,037 (0,025)	- 0,044** (0,007)	- 0,134** (0,020)
Außerehelich geboren	- 0,134** (0,040)	- 0,074** (0,023)	- 0,102** (0,032)	- 0,014 (0,013)	- 0,060+ (0,032)
Personen-Jahr Beobachtungen	8 873	20 560	19 612	9 409	9 425

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt Ergebnisse linearer Kleinster-Quadrate-Schätzungen [(1)] oder von Probit-Regressionen [(2), (3), (4), (5)] für die jeweilige abhängige Variable. Standardfehler sind in Klammern angegeben und auf Ebene der Identifikationsnummer der Mutter geclustert, da es Mehrfachbeobachtungen pro Person über die Zeit gibt. Weitere Kontrollvariablen sind Alters-Dummys, Geschlecht, höchster Bildungsabschluss der Mutter, Alter der Mutter bei Geburt des Kindes, ob der Befragte ein Einzelkind war, Geburtenfolge-Dummys, die Anzahl der Jahre der mütterlichen Erwerbstätigkeit in Teilzeit und Vollzeit während der Zeit der Kindheit des Befragten, Regionen-Dummy, Beobachtungsjahr-Dummy, Dummy für Ostdeutschland, Indikatoren der SOEP-Stichproben und eine Konstante. +, *, ** kennzeichnet statistische Signifikanz auf 10%, 5% und 1% Signifikanzniveau.

Quelle: SOEP (vgl. Fußnote 14); eigene Berechnungen des ifo Instituts.

Bei Betrachtung des Endergebnisses für den Index bürgerschaftliches Engagement weisen beide Schätzverfahren den gleichen Wert von 15,7% einer Standardabweichung aus. Unbeobachtbare, jedes Geschwister gleicher-

maßen beeinflussende und über die Zeit gleichbleibende Familieneigenschaften scheinen daher die Ergebnisse nicht zu verzerrern. Die Ergebnistabellen geben ebenfalls Aufschluss über die beiden gemessenen Arten von nicht-in-

Tab. 2
Nicht-intakte Familienstruktur und bürgerschaftliches Engagement
(Geschwister-Differenz-Analysen)

Abhängige Variable:	(1) Index bürgerschaftliches Engagement	(2) Politisches Interesse	(3) Partei- identifikation	(4) Mitwirkung in Organisationen	(5) Freiwilliges/ehren- amtliches Engagement
Panel A Jemals in nicht-intakter Familie gelebt	- 0,157** (0,052)	- 0,094** (0,036)	- 0,077* (0,036)	- 0,028 (0,018)	- 0,081* (0,040)
Panel B Eltern geschieden	- 0,171* (0,082)	- 0,048 (0,051)	- 0,069 (0,052)	- 0,040+ (0,022)	- 0,101+ (0,058)
Außerehelich geboren	- 0,133* (0,056)	- 0,126** (0,043)	- 0,066 (0,042)	- 0,018 (0,021)	- 0,037 (0,047)
Personen-Jahr Beobachtungen	8 892	20 613	19 679	9 445	9 448
Anzahl der Geschwister- paar-Jahre	4 423	9 751	9 663	4 478	4 479
Geburtenfolge fixer Effekt	ja	ja	ja	ja	ja

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt Ergebnisse der Geschwister-Differenz-Schätzungen. Schätzungen von linearen Fixen-Effekten-Modellen. Standardfehler sind in Klammern angegeben und auf Ebene der Identifikationsnummer der Mutter geclustert, da es für Geschwisterpaare Mehrfachbeobachtungen gibt. Weitere Kontrollvariablen sind Alters-Dummys, Geschlecht, Alter der Mutter bei Geburt des Kindes, Geburtenfolge-Dummys, Anzahl der Jahre der mütterlichen Erwerbstätigkeit in Teilzeit und Vollzeit während der Zeit der Kindheit des Befragten und eine Konstante. +, *, ** kennzeichnet statistische Signifikanz auf 10%, 5% und 1% Signifikanzniveau.

Quelle: SOEP (vgl. Fußnote 14); eigene Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3
Heterogenitätsanalysen
(Geschwister-Differenz-Analysen)

Abhängige Variable:	(1) Index bürgerschaftliches Engagement	(2) Politisches Interesse	(3) Partei- identifikation	(4) Mitwirkung in Organisationen	(5) Freiwilliges/ehren- amtliches Engagement
Panel A: nach Geschlecht					
Frauen	- 0,034 (0,082)	- 0,074 (0,060)	0,022 (0,084)	- 0,021 (0,033)	0,001 (0,077)
N	4 378	10 230	9 704	4 685	4 685
Männer	- 0,293** (0,091)	- 0,070 (0,052)	- 0,153** (0,052)	- 0,054+ (0,028)	- 0,202* (0,080)
N	4 514	10 383	9 975	4 760	4 763
Panel B: nach Bildungs- abschluss der Mutter					
Niedriger als Abitur	- 0,134* (0,056)	- 0,068+ (0,039)	- 0,060 (0,042)	- 0,026 (0,021)	- 0,065 (0,045)
N	7 348	17 120	16 298	7 822	7 825
Abitur oder Universitätsabschluss	- 0,319+ (0,194)	- 0,270* (0,128)	- 0,174+ (0,102)	- 0,058 (0,050)	- 0,166 (0,134)
N	1 525	3 442	3 334	1 601	1 601
Panel C: nach Wohnort					
Land	- 0,173 (0,108)	- 0,080 (0,074)	- 0,112 (0,074)	- 0,037 (0,037)	- 0,114 (0,085)
N	2 245	5 234	5 027	2 380	2 387
Stadt	- 0,088 (0,077)	- 0,040 (0,052)	- 0,062 (0,065)	- 0,024 (0,025)	- 0,068 (0,061)
N	4 143	9 375	9 121	4 338	4 333

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt Ergebnisse für die abhängige Variable in der jeweiligen Spalte für Kinder, die jemals in einer nicht-intakten Familie gelebt haben. Jede Zeile kennzeichnet unterschiedliche Stichproben. Ergebnisse sind Geschwister-Differenz-Schätzungen zum Befragungszeitpunkt. Schätzungen von linearen Fixen-Effekten-Modellen. Standardfehler sind in Klammern angegeben und auf Ebene der Identifikationsnummer der Mutter geclustert, da es für Geschwisterpaare Mehrfachbeobachtungen gibt. Weitere Kontrollvariablen sind Alters-Dummys, Geschlecht, Alter der Mutter bei Geburt des Kindes, Geburtenfolge-Dummys, Anzahl der Jahre der mütterlichen Erwerbstätigkeit in Teilzeit und Vollzeit während der Zeit der Kindheit des Befragten und eine Konstante. +, *, ** kennzeichnet statistische Signifikanz auf 10%, 5% und 1% Signifikanzniveau.

Quelle: SOEP (vgl. Fußnote 14); eigene Berechnungen des ifo Instituts.

takten Familienstrukturen (Scheidungen oder außereheliche Geburten). Beide Formen wirken sich negativ auf das spätere bürgerschaftliche Engagement aus. Es zeigt sich aber, dass sich Kinder aus Scheidungsfamilien seltener engagieren als außerehelich geborene Kinder. Weitere Analysen bestätigen die Annahme, dass die Effekte stärker werden, je länger die Phase eines nicht-intakten Familienverhältnisses andauert. Außerdem fundieren zusätzliche Robustheitsprüfungen die Ergebnisse. Beispielsweise wird bei den Geschwister-Analysen der Altersunterschied zwischen den beiden Geschwistern eingehender betrachtet. Hier könnte man vermuten, dass die Auswirkungen auf beide Geschwister Teile aus beiden Gruppen weitgehend identisch sind, sofern sie altersmäßig nicht sehr weit auseinander liegen. Werden nur die Geschwisterpaare betrachtet, deren Altersabstand mehr als zwei Jahre beträgt, verstärken sich die familiär bedingten negativen Effekte auf das bürgerschaftliche Engagement. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Basisergebnisse aus Tabelle 1

und 2 am unteren Rand anzusiedeln sind, also die Effekte eher unterschätzt werden.

Des Weiteren werden Untersuchungen für spezifische Teilgruppen durchgeführt. Durch Heterogenitätsanalysen kann untersucht werden, ob die Ergebnisse überproportional von einer bestimmten Teilgruppe getrieben sind. Es ist zum Beispiel durchaus denkbar, dass Mädchen und Jungen in unterschiedlicher Weise von dem Umstand betroffen sind, in einem Alleinerziehenden-Haushalt – den in der Regel die Mutter führt – aufzuwachsen. Der fehlende Vater könnte die Herausbildung von Sozialkapital bei Jungen stärker hemmen als bei Mädchen. Auch der Bildungsstand der Mutter kann unterschiedliche Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung haben. Gut ausgebildete Mütter können die negativen Auswirkungen eines fehlenden Vaters auf die Kinder womöglich besser kompensieren als Mütter mit niedrigerem Bildungsniveau. Putnam (2000) argumentiert, dass die sozialen Bande in ländlichen Regionen enger geknüpft

sind als in städtischen Gebieten. Daher könnte auch der Ort des Aufwachsens die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements beeinflussen. Diese drei möglichen Effektheterogenitäten werden geprüft und die Ergebnisse in Tabelle 3 berichtet. Auch wenn in einzelnen Bereichen größere Differenzen in den Ergebnissen auftreten – etwa scheinen Mädchen tatsächlich schwächer betroffen zu sein – zeigen sich doch insgesamt keine starken Effektheterogenitäten. Das Aufwachsen in nicht-intakten Familienverhältnissen hat negative Auswirkungen auf die späteren sozialen Aktivitäten in der Bürgergesellschaft, egal ob man als Mädchen oder Junge, bei einer besser oder schlechter gebildeten Mutter, auf dem Land oder in der Stadt aufgewachsen ist.

Schlussbemerkungen

Funktionierende Demokratien und der Zusammenhalt in Gesellschaften hängen von interessierten, aktiven und informierten Bürgern ab. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Sozialwissenschaften die Einflussfaktoren zur Entstehung von bürgerschaftlichem Engagement besser zu verstehen. Ein bislang weitgehend nicht beachteter Einflussfaktor auf die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren, ist die Familienstruktur während der Kindheit. Die Idee scheint einfach: Nicht-intakte Familienverhältnisse produzieren weniger Sozialkapital und bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Familien. Die vorgestellten empirischen Analysen und deren Ergebnisse unterstützen diese These. Es zeigt sich ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen nicht-intakten Familienstrukturen und den vier untersuchten Maßen für bürgerschaftliches Engagement: politisches Interesse, Parteidentifikation, Mitwirkung in Organisationen, freiwillige und ehrenamtliche Arbeit. Die signifikanten Ergebnisse bleiben auch bestehen, wenn sie unterschiedlichen Spezifikationen und Robustheitsprüfungen unterzogen werden. Aufgrund der großen gesellschaftlichen Bedeutung von Sozialkapital sind allerdings weitere evidenzbasierte Arbeiten nötig, um die Zusammenhänge von Familie und bürgerschaftlichem Engagement besser zu verstehen. Je mehr sich Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und bereit sind, sich freiwillig zu engagieren, desto gefestigter ist der Zustand der Bürgergesellschaft und der Demokratie eines Landes. Den negativen Effekten von brüchigen Familienstrukturen in der Kindheit auf die aktive Beteiligung an öffentlichen Aktivitäten im Erwachsenenalter könnte mit einer verstärkten Engagementpolitik begegnet werden, die in Schulen und gemeinschaftlichen Organisationen verstärkt auf mehr Angebote im bürgerschaftlichen und politischen Bildungsprozess setzt.

Literatur

Althammer, J. (2000), *Ökonomische Theorie der Familienpolitik*, Physica, Heidelberg.

Arrow, K. (1972), »Gifts and Exchanges«, *Philosophy and Public Affairs* 1, 343–362.

Arrow, K. (1974), *The Limits of Organization*, Norton, New York.

Bekkers, R. (2005), Participation in Voluntary Associations: Relations with Resources, Personality, and Political Values, *Political Psychology* 26(3), 439–454.

Björklund, A. und M. Sundström (2006), »Parental Separation and Children's Educational Attainment: A Siblings Analysis on Swedish Register Data«, *Economica*, 73(292), 605–624.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend (2012), *Erster Engagementbericht 2012, Für eine Kultur der Mitverantwortung, Zentrale Ergebnisse*, online verfügbar unter: <http://www.bmfsfj.de/Redaktion/BMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Engagementmonitor-2012-Erster-Engagementbericht-2012,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Braun, S. (2011), »Sozialkapital«, in: T. Olk und B. Hartnuß (Hrsg.), *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*, Juventa Verlag, Weinheim, Basel, 53–64.

Campbell, A., P. Converse, W. Miller und D. Stokes (1960, Neuaufgabe 1980), *The American Voter*, University of Chicago Press, Chicago.

Campbell, A., G. Gurin und W. Miller (1954), *The Voter Decides*, Row, Peterson and Co, Evanston, Illinois.

Case, A., I. Lin und S. McLanahan (2001), »Educational Attainment of Siblings in Step-Families«, *Evolution and Human Behavior* 22(4), 269–289.

Coleman, J. (1988), »Social Capital in the Creation of Human Capital«, *American Journal of Sociology* 94, 95–120.

Corak, M. (2001), »Death and Divorce: The Long-term Consequences of Parental Loss on Adolescents«, *Journal of Labor Economics* 19(3), 682–715.

Dalton, R. (2002), »The Decline of Party Identifications«, in: R.J. Dalton und M.P. Wattenberg (Hrsg.), *Parties without Partisans*, Oxford University Press, Oxford, 19–36.

Dribbusch, H. und P. Birke (2012), *Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Organisation, Rahmenbedingungen, Herausforderungen*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«/Deutscher Bundestag (2002), *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Bundestags-Drucksache 14/8900, online verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>.

Ermisch, J., M. Francesconi und D. Pevalin (2004), »Parental Partnership and Joblessness in Childhood and their Influence on Young People's Outcomes«, *Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society)* 167(1), 69–101.

Erster Engagementbericht »Für eine Kultur der Mitverantwortung«/Deutscher Bundestag (2012), *Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung*, Bundestags-Drucksache 17/10580, online verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710580.pdf>.

Francesconi, M., S.P. Jenkins und T. Siedler (2010a), »Childhood Family Structure and Schooling Outcomes: Evidence for Germany«, *Journal of Population Economics* 23(4), 1201–1231.

Francesconi, M., S. Jenkins und T. Siedler (2010b), »The Effect of Lone Motherhood on the Smoking Behavior of Young Adults«, *Health Economics* 19, 1377–1384.

Franz, W. (2009), *Arbeitsmarktökonomik*, Springer Berlin, Heidelberg.

Glass, J., V. Bengtson und C. Dunham (1986), »Attitude Similarity in Three-Generation Families: Socialization, Status Inheritance, or Reciprocal Influence?«, *American Sociological Review*, 685–698.

Gruber, J. (2004), »Is Making Divorce Easier Bad for Children? The Long-Run Implications of Unilateral Divorce«, *Journal of Labor Economics* 22(4), 799–833.

Hill, P. und J. Kopp (2013), *Familiensoziologie, Grundlagen und theoretische Perspektiven*, Springer, Wiesbaden.

Hopf, C. und W. Hopf (1997), *Familie, Persönlichkeit und Politik, Eine Einführung in die politische Sozialisation*, Juventa Verlag, Weinheim, München.

Hyman, H. (1959), *Political Socialization*, Free Press of Glencoe, New York.

Jennings, M., L. Stoker und J. Bowers (2009), »Politics across generations: Family Transmission Reexamined«, *Journal of Politics* 71(3), 782–799.

Knack, S. und P. Keefer (1997), »Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation«, *The Quarterly Journal of Economics* 112(4), 1251–1281.

McLanahan, S. und G. Sandefur (1994), *Growing Up with a Single Parent*, Harvard University Press, Cambridge, Mass.

Nave-Herz, R. (2013), *Ehe- und Familiensoziologie, Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde*, Juventa Verlag, Weinheim und Basel.

Niedermayer, O. (2013), *Mitgliederentwicklung der CDU und SPD, Bundeszentrale für Politische Bildung*, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/138672/mitgliederentwicklung-cdu-und-spd>.

OECD (2011a), *Society at a Glance 2011: OECD Social Indicators*, OECD Publishing, online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/els/soc/society-ataglance2011-oecd-social-indicators.htm>.

OECD (2011b), *Doing Better for Families*, OECD Publishing, online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/social/soc/doingbetterforfamilies.htm>.

Olk, T. und B. Hartnuß (Hrsg.) (2011), *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*, Juventa Verlag, Weinheim und Basel.

Putnam, R. (1993), *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton University Press, Princeton, N.J.

Putnam, R. (2000), *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, Simon and Schuster, New York.

Putnam, R. und K. Goss (2001), »Einleitung«, in: R.D. Putnam (Hrsg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 15–43.

Sanz-de-Galdeano, A. und D. Vuri (2007), »Parental Divorce and Students Performance: Evidence from Longitudinal Data«, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 69(3), 321–338.

Statistisches Bundesamt (2011), »Eltern jedes dritten Neugeborenen sind nicht verheiratet«, Pressemitteilung Nr. 294, 12. August, online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2011/08/PD11_294_12641.html.

Statistisches Bundesamt (2012), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik)*, Fachserie 1 Reihe 1.4, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, Bundeswahlleiter (2013a): *Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949, W/31411100-OS0201*, online verfügbar unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_wahlbeteiligung.pdf.

Statistisches Bundesamt (2013b), »Weniger Ehescheidungen im Jahr 2012«, Pressemitteilung Nr. 253, 30. Juli, online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/07/PD13_253_12631.html.